

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

16. WP - 136. Sitzung (öffentlicher Teil)

am Donnerstag, dem 9. Juli 2009, 10 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Günter Neugebauer (SPD)

Johannes Callsen (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Frank Sauter (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Holger Astrup (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender

i. V. von Hans-Jörn Arp

i. V. von Wolfgang Kubicki

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Anwerbung von Lehrkräften in Ausbildung für Berufsschulen	6
	Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2549	
2.	a) Einbau einer Schuldenbremse in die Verfassung des Landes Schleswig-Holstein	7
	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2710	
	b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein	
	Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2711	
3.	Bauliche Maßnahmen zur Herstellung von Barrierefreiheit im Rahmen des Konjunkturpakets	8
	Bericht der Landesregierung Drucksache 16/2661	

4. Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines 2. Nachtrages zum Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 9

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/2692

Fragen der Fraktion

Antworten der Landesregierung

CDU, Umdruck 16/4421

Umdruck 16/4457

SPD, Umdruck 16/4444

Umdruck 16/4453

FDP, Umdruck 16/4416

Umdruck 16/4455

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Umdruck 16/4429

Umdruck 16/4456

SSW, Umdruck 16/4441

Umdruck 16/4454

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Auflösung der Polizeibigband
Umdruck 16/4458

Schreiben des Landtagsdirektors zu Kapitel 0103
Umdruck 16/4467

5. HSH Nordbank 13

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umdruck 16/4432

6. Information/Kennntnisnahme 14

Umdruck 16/4375 - Aufnahme von Asylbewerbern

Umdruck 16/4376 - Dataport

Umdruck 16/4377 - ÖPP Deutschland AG

Umdruck 16/4378 - Zentrum für molekulare Biowissenschaften

Umdruck 16/4403 - Maritimes Science Center

Umdruck 16/4422 - JVA Lübeck

Umdruck 16/4423 - Landesförderzentrum für Hörgeschädigte

Umdruck 16/4432 - Entwicklung der Planstellen und Stellen

Unterrichtung 16/211 - Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag

7. Verschiedenes 16

8. Vergabe der Schienenpersonennahverkehrsleistungen (Netz „Nord“) 17

Vorlage des Verkehrsministeriums
interner Umdruck 16/4414 (neu)

(nicht öffentlich gemäß § 17 Abs. 3 Satz 3 LV i. V. m. § 17 Abs. 1 Satz 3
GeschO)

Punkt 8 der Tagesordnung wird **nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i.V.m. § 17 Abs. 1 Satz 3 GeschO** behandelt (siehe nicht öffentlichen Teil der Sitzung)

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Anwerbung von Lehrkräften in Ausbildung für Berufsschulen

Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2549

(überwiesen am 27. März 2009 an den **Bildungsausschuss** und den **Finanzausschuss**)

Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Finanzausschuss dem Bildungsausschuss, den Antrag Drucksache 16/2549 abzulehnen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

a) Einbau einer Schuldenbremse in die Verfassung des Landes Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2710

b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2711

(überwiesen am 19. Juni 2009 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Finanzausschuss)

Abg. Heinold hält es für notwendig, dass die Landesregierung parallel zum rethorischen Bekenntnis der Koalition zur Schuldenbremse ein Konzept zum Abbau der strukturellen Neuverschuldung vorlege.

Die Abg. Herdejürgen, Sauter und Koch machen darauf aufmerksam, dass die Landesregierung im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt, den Verhandlungen mit dem Bund und der mittelfristigen Finanzplanung ohnehin ein Konzept zum Abbau der Verschuldung erstellen werde.

Abg. Dr. Garg fordert BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf, eigene Vorschläge zu strukturellen Haushaltseinsparungen zu unterbreiten.

Auch Abg. Spoorendonk erwartet die Erarbeitung eines Konsolidierungskonzepts, das von einer breiten Mehrheit getragen werde.

Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Ausschuss dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, den Antrag Drucksache 16/2710 abzulehnen.

Die Beratung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/2711 wird bis zur nächsten Ausschusssitzung am 3. September 2009 zurückgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Bauliche Maßnahmen zur Herstellung von Barrierefreiheit im Rahmen
des Konjunkturpakets**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2661

(überwiesen am 18. Juni 2009 an den **Finanzausschuss**, den Sozialausschuss
und den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung)

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht Drucksache 16/2661 ohne Aussprache abschließend
zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines 2. Nachtrages zum Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2009 und 2010

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/2692

(unmittelbar überwiesen durch Schreiben des Landtagspräsidenten vom 23. Juni 2009, Umdruck 16/4411)

Fragen der Fraktion

Antworten der Landesregierung

CDU, Umdruck 16/4421

Umdruck 16/4457

SPD, Umdruck 16/4444

Umdruck 16/4453

FDP, Umdruck 16/4416

Umdruck 16/4455

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Umdruck 16/4429

Umdruck 16/4456

SSW, Umdruck 16/4441

Umdruck 16/4454

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Auflösung der Polizei-Bigband
Umdruck 16/4458

Schreiben des Landtagsdirektors zu Kapitel 0103
Umdruck 16/4467

Auf Fragen von Abg. Heinold erwidert M Wiegard, die Summe der durch die Haushaltssperre erwirtschafteten Mittel könne naturgemäß nur relativ begrenzt sein. In den Chefgesprächen würden Beiträge der Ressorts von insgesamt rund 81 Millionen € erbracht. Damit seien die zusätzlich anfallenden Zinsen und die unabweisbaren Mehrausgaben gedeckt.

Der 2. Nachtragshaushalt werde erforderlich aufgrund der weltwirtschaftlichen Krise und dramatischen Steuermindereinnahmen in Höhe von rund 590 Millionen € im Jahr 2009 und 950 Millionen € im Jahr 2010. Daraus ergebe sich für Schleswig-Holstein eine zusätzliche Neuverschuldung von 490 Millionen € im Jahr 2009 und 980 Millionen € im Jahr 2010. Weil die Steuereinnahmen vermutlich erst wieder im Jahr 2013 das Niveau des Jahres 2008 erreichten, habe die Landesregierung beschlossen, bereits jetzt Strukturmaßnahmen zu beraten und einzuleiten, die ihre Wirkung ab 2011 entfalten sollten: personelle Maßnahmen, Maßnahmen zur Reduzierung des Verwaltungsaufwandes und Kürzungen bei gesetzlichen und freiwilligen Leistungen des Landes. Nur so könne das Ziel, die Neuverschuldung bis zum Jahr 2020 auf null zurückzufahren, erreicht werden.

Bund und Länder würden noch in diesem Monat beginnen, gemeinsam die Regeln zu erarbeiten für die Arbeit des Stabilitätsrates und die verfassungsgemäße Aufstellung zukünftiger Haushalte. Ob in diesem Jahr noch ein dritter Nachtrag notwendig werde, könne er nicht vorhersagen. Die Landesregierung verfolge die Absicht, jetzt strukturelle Maßnahmen zu beraten und einzuleiten, die so schnell wie möglich wirkten und gegebenenfalls bereits 2009 oder 2010 Wirkung entfalteten.

Abg. Heinold stellt fest, die Landesregierung beabsichtige zurzeit nicht, Teile der von ihr erarbeiteten Sparliste in einen Nachtragshaushalt einfließen zu lassen.

M Wiegard entgegnet, er habe zurzeit nicht die Absicht, in diesem Jahr einen weiteren Nachtrag vorzulegen, um Maßnahmen, die von den Ressorts erst noch beraten und von der Landesregierung beschlossen werden müssten, einzuarbeiten, aber er könne dies auch nicht abschließen.

P Dr. Altmann begrüßt die von der Landesregierung auf den Weg gebrachten Maßnahmen als Schritt in die richtige Richtung und appelliert eindringlich an die Mitglieder des Finanzausschusses, die Umsetzung der angekündigten strukturellen Konsolidierungsmaßnahmen kritisch zu begleiten und zu unterstützen.

Auf eine Frage des Vorsitzenden sagt St Dr. Wulf zu, die globalen Minderausgaben bis zum 31. Oktober 2009 aufzulösen und den Finanzausschuss Anfang November darüber zu unterrichten.

Abg. Herdejürgen geht unter Hinweis auf die im Haushalt enthaltenen globalen Minderausgaben davon aus, dass strukturelle Sparmaßnahmen bereits in den Haushaltsjahren 2009 und 2010 griffen. Sie bittet das Finanzministerium, dem Ausschuss eine Übersicht über die Vorstellungen von Bund und Ländern zur Definition von konjunkturbedingten Einnahmen/Ausgaben und Ausgaben aufgrund von Notsituationen zuzuleiten.

M Wiegard regt an, dass sich der Finanzausschuss im Herbst einmal grundlegend mit den Dimensionen der im Finanzplanungsrat und Stabilitätsrat erörterten Regelungen zur zukünftigen Aufstellung von Haushalten und zum Verbot der Kreditfinanzierung befasse.

Abg. Koch kommt zu dem Ergebnis, dass alle strukturellen Veränderungen und Sparmaßnahmen auf Basis des 2. Nachtragshaushaltes durchgeführt werden könnten und sich im Haushalt niederschlugen.

M Wiegard begründet den 2. Nachtragshaushalt mit einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts und einer daraus resultierenden höheren Kreditaufnahme, die die zulässige Verfassungsgrenze im Jahr 2009 um das Doppelte und im Jahr 2010 um das Dreifache überschreite. Daher müsse man jetzt strukturelle Maßnahmen einleiten.

Abg. Spoorendonk äußert, sie stimme dem Nachtragshaushalt grundsätzlich zu und teile auch die Einschätzung, dass strukturelle Maßnahmen in Angriff genommen werden müssten. Sie problematisiert allerdings die Höhe der globalen Minderausgaben im Haushalt, die das Budgetrecht des Parlaments aushöhlten.

M Wiegard weist darauf hin, dass das Finanzministerium nach geltendem Haushaltsrecht strukturelle Veränderungen auf den Weg bringen könne. Die im Haushalt enthaltenen globalen Minderausgaben seien zu einem nicht unerheblichen Teil vom Haushaltsgesetzgeber selbst in den Haushalt eingestellt worden. Der Verzicht auf eine Klage gegen die Aufnahme der Schuldenbremse im Grundgesetz sei nicht Bestandteil des Nachtragshaushalts, sondern Gegenstand des Antrages der Koalitionsfraktionen, Drucksache 16/2771.

Abg. Spoorendonk problematisiert Kürzungen beim Schleswig-Holstein Musik Festival.

M Wiegard erwidert, es gebe keine offizielle Sparliste der Landesregierung, in der die Förderung des Musikfestivals gestrichen werde.

Abschließend kündigt der Minister an, das Land werde möglicherweise noch für die Bekämpfung der Neuen Influenza Haushaltsmittel zur Verfügung stellen müssen. Inwieweit die Bereitstellung von Mitteln für die Bevorratung des Impfstoffes erforderlich werde, hänge von den weiteren Beratungen der Weltgesundheitsorganisation und der Gesundheitsminister ab. Ein entsprechender Änderungsantrag werde gegebenenfalls über die Fraktionen direkt in den Landtag eingebracht.

Abg. Heinold wirbt für die Annahme ihres Antrages zur Auflösung der Polizei-Bigband, durch die der Haushalt strukturell dauerhaft entlastet würde, ohne dass die Erfüllung der Kernaufgaben des Landes tangiert würde.

Abg. Sauter entgegnet, die Koalitionsfraktionen wollten nicht über einzelne Einsparvorschläge vorab entscheiden, sondern sich insgesamt mit allen Maßnahmen auseinandersetzen, wenn sie in Gänze vorlägen.

Der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Auflösung der Polizei-Bigband, Umdruck 16/4458, wird mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Unter Hinweis auf das Schreiben des Landtagsdirektors Umdruck 16/4467 kündigt Abg. Herdejürgen einen Änderungsantrag zum Stellenplan der Bürgerbeauftragten an.

Mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den 2. Nachtragshaushalt, Drucksache 16/2692, unverändert anzunehmen. Mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erkennt er an, dass im Jahr 2009 eine ernsthafte und nachhaltige Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts im Sinne des Artikels 53 Satz 2 der Landesverfassung vorliegt, die sich bis in das Jahr 2010 fortsetzen wird. Diese Störung lässt die Kreditaufnahme oberhalb der Grenze des Artikels 53 Satz 2 Halbsatz 1 der Landesverfassung ausnahmsweise zu.

Abg. Spoorendonk erklärt, sie stimme dem Nachtragshaushalt zu, allerdings nicht der Rücknahme der Klage gegen die Verankerung der Schuldenbremse im Grundgesetz.

Punkt 5 der Tagesordnung:

HSH Nordbank

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umdruck 16/4432

Auf eine Frage von Abg. Heinold teilt M Wiegard mit, es bestehe die Absicht, dass die Anwaltskanzlei dem Aufsichtsrat ihr Gutachten im Laufe des Monats Juli zur Verfügung stelle.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 16/4375 - Aufnahme von Asylbewerbern
Umdruck 16/4376 - Dataport
Umdruck 16/4377 - ÖPP Deutschland AG
Umdruck 16/4378 - Zentrum für molekulare Biowissenschaften
Umdruck 16/4403 - Maritimes Science Center
Umdruck 16/4422 - JVA Lübeck
Umdruck 16/4423 - Landesförderzentrum für Hörgeschädigte
Umdruck 16/4432 - Entwicklung der Planstellen und Stellen
Unterrichtung 16/211 - Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag

Der Ausschuss nimmt die Umdrucke 16/4377, 16/4403 und 16/4422 sowie Unterrichtung 16/211 zur Kenntnis.

Zu Umdruck 16/4375 - **Aufnahme von Asylbewerbern** - mahnt der Vorsitzende unter Hinweis auf das Votum des Finanzausschusses in Drucksache 16/2331 die Vorlage der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung, eine vergleichende Darstellung der Standorte und eine Aussage zur zukünftigen Verwendung der Liegenschaft in Lübeck an.

Abg. Koch bittet um Erläuterungen zu den Kosten für die Herrichtung der Einrichtung in Neumünster.

P Dr. Altmann erwartet, dass das Innenministerium seine Entscheidung, die nicht in erster Linie nach wirtschaftlichen Kriterien, sondern nach politischen Gesichtspunkten getroffen worden sei, im Ausschuss näher begründe.

Der Ausschuss will die Thematik auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung am 3. September 2009 setzen.

Bei Umdruck 16/4376 - **Dataport** - mahnt der Vorsitzende die Vorlage des Jahresabschlusses 2008 und des Wirtschaftsplanes 2009 sowie eine Stellungnahme zu etwaigen Abweichungen vom Wirtschaftsplan und zum Abbau der Außenstände an. Auch dieses Thema soll Gegenstand der Tagesordnung am 3. September 2009 sein.

Zu Umdruck 16/4378 - **Zentrum für molekulare Biowissenschaften** - möchte der Vorsitzende wissen, zulasten welcher anderen Baumaßnahmen die Mehrkosten für das ZMB in Höhe von knapp 10 Millionen € gingen.

Zu Umdruck 16/4423 - **Landesförderzentrum für Hörgeschädigte** - bekräftigt der Finanzausschuss das Votum des Landtages in Drucksache 16/2331, zeitnah eine landesweite Einrichtung für Kinder und Jugendliche mit Hör- und Sehschäden sowie Sprachbehinderungen unter einer gemeinsamen Leitung in Schleswig zu gründen. Das Bildungs- und Sozialministerium werden gebeten, zur Sitzung am 3. September 2009 über den aktuellen Stand der Umsetzung dieses Landtagsvotums zu berichten.

Auf Wunsch von Abg. Heinold (Umdruck 16/4432) sagen St Dr. Wulff und P Dr. Altmann zu, dass der Anhang zu Frage 11 aus Umdruck 16/3490 zu der **Entwicklung der Planstellen und Stellen** von der Landesregierung in Absprache mit dem Landesrechnungshof für 2008 fortgeschrieben wird.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Der Vorsitzende bittet die Landesregierung um Stellungnahme zu den in der Presseberichterstattung erhobenen Vorwürfen, dass das öffentlich geförderte **Technologiezentrum Blumenburg** in starkem Maße als Hotel genutzt werde, seit wann die Landesregierung davon Kenntnis habe, was sie dagegen unternehme und wie viel Fördermittel insgesamt in die Blumenburg geflossen seien.

P Dr. Altmann teilt mit, dass der Rechnungshof die Blumenburg prüfe.

- b) Der Finanzausschuss teilt nicht die Bedenken des Vorsitzenden, dass der Ministerpräsident zu einem Gespräch über die **Zukunft der Landesbanken** am 17. Juli nur die finanzpolitischen Sprecher und den Ausschussvorsitzenden einlade, anstatt die Information dem Beteiligungsausschuss oder Finanzausschuss zu geben.

St Dr. Wulff sagt zu, dass selbstverständlich auch der Präsident des Landesrechnungshofs an dem Gespräch teilnehmen könne.

- c) Der Finanzausschuss vereinbart, sich in der nächsten Sitzung vom Wissenschaftsministerium über den aktuellen Stand des **Nordeuropäischen Radioonkologischen Centrums Kiel** und danach vor Ort im Rahmen einer Begehung über den aktuellen Baufortschritt des NRoCK unterrichten zu lassen.
- d) Der Vorsitzende möchte vom Wirtschaftsministerium wissen, ob die Daten zur **einzelbetrieblichen Wirtschaftsförderung**, die im Finanzausschuss auf ausdrücklichen Wunsch des Ministeriums bisher immer vertraulich behandelt worden seien, im Internet veröffentlicht würden (Name der Zuschussempfänger und Förderhöhe).
- e) Für die Beratung der **Bemerkungen 2009 des Landesrechnungshofs** in der Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung legt der Finanzausschuss folgende Termine fest: Mittwoch, 30. September, vormittags, Donnerstag, 1. Oktober, nachmittags, Mittwoch, 28. Oktober, vormittags.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Vergabe der Schienenpersonennahverkehrsleistungen (Netz „Nord“)

Vorlage des Verkehrsministeriums
interner Umdruck 16/4414 (neu)

Die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgt gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i. V. m. § 17 Abs. 1 Satz 3 GeschO nicht öffentlich (siehe nicht öffentlichen Teil der Niederschrift).

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 12:10 Uhr.

gez. Günter Neugebauer
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer